

Willy Brandt

Diese Geste passte nicht in den Kalten Krieg. Willy Brandt war am 7. Dezember 1970 zur Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik und Polen nach Warschau gereist. Zuvor stand eine Kranzniederlegung am Denkmal für die Helden des Warschauer Ghettos auf dem Programm. Brandt verharnt nicht wie üblich stehend vor dem Monument, er sank auf die Knie. Das Bild ist zumindest für Europäer zu einer der Ikonen des 20. Jahrhunderts geworden, zum Symbol für die deutsche Außenpolitik von Willy Brandt: für die Ostpolitik. „Brandt hat in seiner Ostpolitik Realismus und Vernunft verbunden mit Herz und Gefühl“, sagt die polnische Historikerin Katarzyna Stoklosa, eine der führenden Experten für die Geschichte des deutsch-polnischen Verhältnisses nach dem Zweiten Weltkrieg.

Die Grundzüge ihres außenpolitischen Konzepts hatten Brandt und Egon Bahr bereits 1963 mit Vorträgen in der Evangelischen Akademie Tutzing vorgestellt. Der Titel: Wandel durch Annäherung. Im Zentrum standen die Verminderung des Risikos eines Nuklearkriegs, gegenseitige Akzeptanz des machtpolitischen und territorialen Status quo und allgemeine humanitäre Erleichterungen. Im Jahr 1970 wurden mit den Verträgen von Moskau und Warschau und zwei deutsch-deutschen Begegnungen wichtige Marksteine gesetzt.

Die Medien in Polen zeigten das Bild des knieenden Kanzlers zunächst nicht. „Lange wurde gemutmaßt, warum Brandt gerade vor diesem Denkmal das Protokoll so spektakulär durchbrach“, sagt Stoklosa. Man hatte das Gefühl, Brandt habe nicht die Polen ehren wollen, sondern nur den jüdischen Teil der Bevölkerung. Doch den Warschauer Aufstand von 1944 hätte er gar nicht würdigen können, für ihn gab es 1970 noch kein eigenes Denkmal. „Brandt genoss als Mann des Widerstandes hohes Ansehen“, betont Stoklosa. „Aber es wäre falsch zu behaupten, dass Polen der Bundesrepublik wegen Brandt vertraute.“ Stark war vielmehr der Verdacht, Brandt sei nicht wirklich an Polen interessiert, sondern er wolle die Entspannung mit dem östlichen Nachbarn ausnutzen, um zur deutschen Wiedervereinigung zu gelangen. „Am Ende gaben jedoch zwei polnische Interessen den Ausschlag“, sagt die Historikerin. „De facto wurde mit dem Warschauer Vertrag vom Dezember 1970 die Oder-Neiße-Grenze anerkannt.“ Darüber hinaus habe sich die polnische Führung von dem Vertrag Kredite und Investitionen versprochen. „Polen hat sehr deutlich gesagt, um welche Summen es geht.“

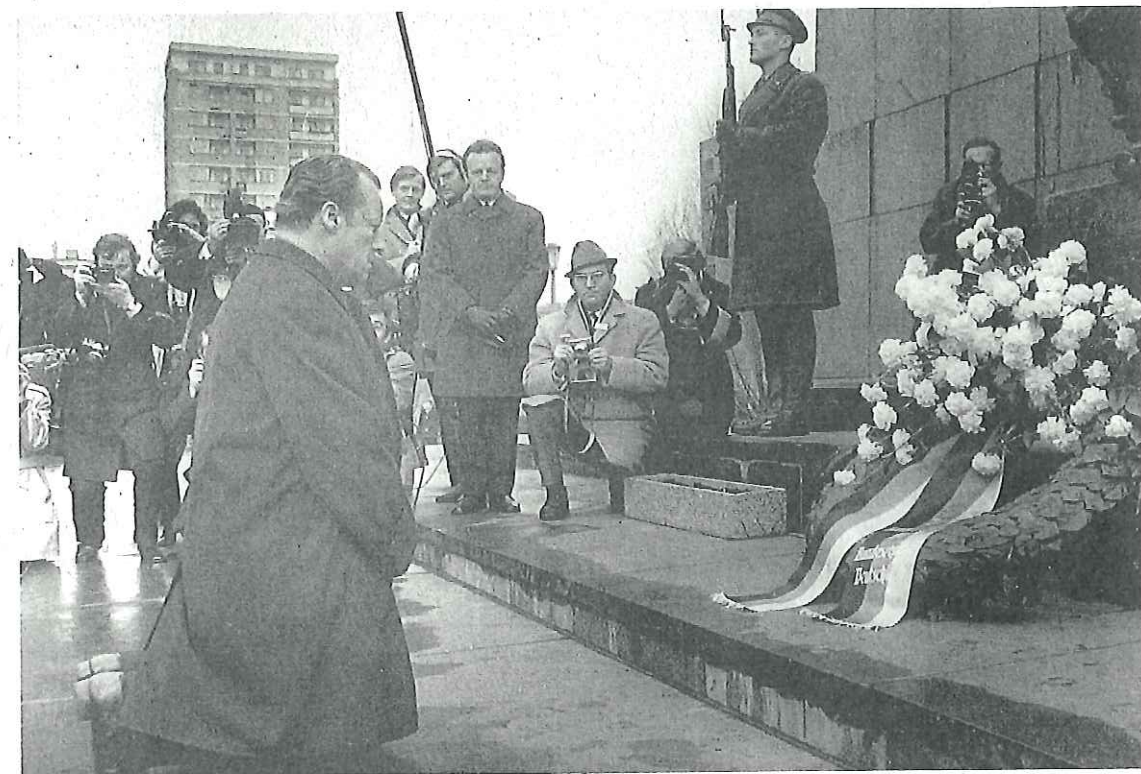
Der emotionalste Tag seines Lebens war für Brandt ein anderer, schreibt er in seinen Memoiren. Er lag ein gutes halbes Jahr vor dem Kniefall von Warschau. Die politischen Ergebnisse dieses Tages waren aus Sicht des

Bundeskanzlers geradezu niederschmetternd: Unergiebig, aber notwendig lautet sein Fazit über die Gespräche mit Willi Stoph, dem Regierungschef der DDR.

Willy Brandt war am Morgen des 19. März 1970 mit einem Sonderzug auf dem Erfurter Hauptbahnhof angekommen – der erste Besuch eines Bundeskanzlers in der DDR. Die Berliner Zeitung hatte, gesteuert aus dem SED-Zentralkomitee, ihre Leser auf dieses historische Ereignis vorbereitet. Die Initiative sei von der DDR ausgegangen, wurde behauptet. Allein die DDR-Friedenspolitik habe dieses Treffen ermöglicht. Und Frieden sei nicht anders erreichbar, als durch die völkerrechtliche Anerkennung der DDR. Das Treffen von Erfurt wurde zum Eklat für die DDR-Führung. Hunderte hatten den Bundeskanzler mit „Willy-Willy!“-Rufen gefeiert, und der zeigte sich schließlich am Fenster. Die Berliner Zeitung berichtete dagegen unter der sperrigen Schlagzeile „Stundenlange Sprechchöre forderten: DDR anerkennen!“ Der Artikel begann so: „Zu einer eindrucksvollen Willensbekundung kam es am Donnerstag vor dem Hotel ‚Erfurter Hof‘ ...“ Nicht Brandt hätten die Rufe gegolten, sondern Stoph, wurde behauptet. Beim nächsten Treffen in Kassel wenige Monate später verordneten sich beide Verhandlungspartner erst einmal eine Denkpause. Moskau hatte die DDR zurückgepfiffen.

Auch die sowjetische Führung suchte die Entspannung mit dem Westen, schon weil das Wettrüsten immer schwerer auf der Volkswirtschaft lastete. Doch was Moskau für sich selbst wünschte, musste es anderen noch lange nicht freimütig zugestehen. Egon Bahr hatte zum Zeitpunkt des Erfurter Treffens schon seit geraumer Zeit geduldig und entschlossen mit Valentin Falin über einen deutsch-sowjetischen Vertrag verhandelt. Der Parteifunktionär Falin war dafür sogar als Botschafter nach Bonn geschickt worden. Der Moskauer Vertrag wurde dann tatsächlich auch am 12. August 1970 als erster der Ostverträge unterschrieben. Ohne ihn wäre der Kniefall in Warschau nicht möglich gewesen. Der deutsch-deutsche Grundlagenvertrag folgte erst zwei Jahre später.

So bedeutend die Brandt'sche Ostpolitik für die Veränderungen in den 70er-Jahren war, so problematisch erwies sie sich ein Jahrzehnt später. Als die Protestbewegung in Polen startete, habe Bundeskanzler Helmut Schmidt die Situation falsch analysiert, meint die Historikerin Stoklosa. Er habe zwar Polens Parteiführung Wandlungsfähigkeit zugetraut, aber nicht geglaubt, dass sich die ganze Gesellschaft des real existierenden Sozialismus wandeln könnte. So legte die SPD größeren Wert auf Regierungskontakte, blieb aber auf Distanz zur Opposition. Noch heute wird der Sozialdemokratie in Polen zuweilen vorgeworfen, sie habe die Entspannung viel zu sehr mit der kommunistischen Führung gesucht.



Willy Brandt kniet vor dem Denkmal des Warschauer Ghettoaufstandes nieder.

Wandel durch Annäherung

Die Ostpolitik war das Kernstück der Außenpolitik von Willy Brandt. Der Kniefall von Warschau wurde zum Symbol für die Überwindbarkeit der Konfrontation zwischen den Systemen.

Ein Blick in die Archive, auch in das der Berliner Zeitung

Von Frank Herold